

Vergabenummer VST-3.5/2026/Sc	Maßnahmennummer 21615-Q096100-01.0132
Maßnahme Sanierung der denkmalgeschützten Sekundarschule „August Bebel“	
Los 05 Fachplanung Haustechnik	Datum 08.01.2026

Vertrag Planungsleistung

Zwischen dem

Landkreis Saalekreis

Domplatz 9

06217 Merseburg

vertreten durch

den Landrat

– nachstehend Auftraggeber (AG) genannt –

und

vertreten durch

– nachstehend Auftragnehmer (AN) genannt –

wird für die Baumaßnahme

Sanierung der denkmalgeschützten Sekundarschule „August Bebel“

folgender Vertrag geschlossen:

Vergabenummer	VST-3.5/2026/Sc
----------------------	-----------------

Inhalt

§ 1	Gegenstand des Vertrages	3
§ 2	Bestandteile und Grundlagen des Vertrages	4
§ 3	Leistungspflichten des Auftragnehmers, stufenweise Beauftragung	5
§ 4	Allgemeine Leistungspflichten	7
§ 5	Honorar	10
§ 6	Nebenkosten / Reisekosten	11
§ 7	Umsatzsteuer	12
§ 8	Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers	12
§ 9	Ergänzende Vereinbarungen	12

Vergabenummer	VST-3.5/2026/Sc
---------------	-----------------

§ 1 Gegenstand des Vertrages

Gegenstand des Vertrages sind Leistungen:

- ☐ der Objektplanung für Gebäude gem. §33 ff HOAI,
- ☐ der Objektplanung für Innenräume gem. §33 ff HOAI,
- (☐ die Leistungen umfassen auch Leistungen für Freianlagen mit weniger als 7.500 EUR anrechenbaren Kosten gem. § 37 Absatz 1 HOAI)
- ☐ der Freianlagenplanung gem. §38 ff HOAI,
- ☐ der Planung von Ingenieurbauwerke gem. §41 ff HOAI,
- ☐ der Planung von Verkehrsanlagen gem. §45 ff HOAI,
- ☐ der Tragwerksplanung gem. §49 ff HOAI,

der Technische Gebäudeausrüstung gem. §53 ff der HOAI

- ☒ Anlagengruppe 1: Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen,
- ☒ Anlagengruppe 2: Wärmeversorgungsanlagen,
- ☒ Anlagengruppe 3: Lufttechnische Anlagen,
- ☐ Anlagengruppe 4: Starkstromanlagen,
- ☐ Anlagengruppe 5: Fernmelde- und informationstechnische Anlagen,
- ☐ Anlagengruppe 6: Förderanlagen,
- ☐ Anlagengruppe 7: nutzungsspezifische Anlagen und verfahrenstechnische Anlagen,
- ☒ Anlagengruppe 8: Gebäudeautomation und Automation von Ingenieurbauwerken

der Bauphysik gem. Anlage 1 Nr. 1.2 der HOAI

- ☐ Wärmeschutz und Energiebilanzierung,
- ☐ Bauakustik (Schallschutz),
- ☐ Raumakustik,
- ☐ brandschutztechnischen Planung,

für das Bauvorhaben siehe Anlage zu §1 – Datenblatt Bauvorhaben.

- ☐ Die Baumaßnahme ist Teil des Gesamtvorhabens

Vergabenummer

VST-3.5/2026/Sc

§ 2 Bestandteile und Grundlagen des Vertrages

2.1. Vertragsgrundlagen

Grundlagen und Bestandteil dieses Vertrags sind:

- ☒ die HOAI in der bei Vertragsabschluss aktuellen Fassung
- ☐ _____
- ☒ Anlage Nr.: 1 - Aufgabenbeschreibung
- ☒ Anlage Nr.: 2 - Allgemeine Vertragsbestimmungen (AVB Hochbau)
- ☐ Anlage Nr.: 3 - Anhang zu § 4 Termine
- ☐ Anlage Nr.: 5 - Honorarangebot des Auftragnehmers vom _____
- ☐ Anlage Nr.: 6.1 - Anhang zu § 9 Angebotsblatt Honorar Gebäude / Innenräume
- ☐ Anlage Nr.: 6.2 - Anhang zu § 5 Angebotsblatt Honorar Freianlagenplanung
- ☐ Anlage Nr.: 6.3 - Anhang zu § 5 Angebotsblatt Honorar Tragwerksplanung
- ☒ Anlage Nr.: 6.4 - Anhang zu § 5 Angebotsblatt Honorar TGA-Planung
- ☐ Anlage Nr.: 6.5 - Anhang zu § 5 Angebotsblatt Honorar Elektro-Planung
- ☐ Anlage Nr.: 6.6 - Anhang zu § 5 Angebotsblatt Honorar Bauphysik
- ☐ Anlage Nr.: 6.7 - Anhang zu § 5 Angebotsblatt Honorar Brandschutz
- ☒ die zur Angebotsaufforderung veröffentlichten bzw. zur Verfügung gestellten Planunterlagen/
Projektinformationen
- ☒ Formblatt „Kostenstandsübersicht“

2.2. Allgemeine Grundlagen

Die Leistungen müssen den örtlichen Baubestimmungen, den allgemein anerkannten Regeln der Technik, den baubestimmenden Regelwerken, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit einschließlich der Grundsätze und Voraussetzungen für einen späteren wirtschaftlichen Betrieb des Bauwerks / der baulichen Anlage sowie den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen.

Der Auftragnehmer hat darüber hinaus folgende technische und sonstige Vorschriften, Regelwerke und Rundschreiben zu beachten: (jeweils in der bei Vertragsabschluss aktuellen Fassung)

- ☒ Vergaberechtliche Verordnungen: Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Unterschwellenvergabeordnung (UVgO), Tariftreue- und Vergabegesetz (TVergG LSA) sowie §§ 650p-650t BGB
- ☐ Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Landes Sachsen-Anhalt (RLBau)
- ☒ Bau- und Qualitätsanforderungen (BQA) für anwendungsneutrale Verkabelungen in Gebäuden des Landkreises Saalekreis mit langfristiger Nutzung
- ☒ Baubestimmungen gemäß der Verwaltungsvorschrift zur Einführung Technischer Baubestimmungen (VV TB)

Vergabenummer

VST-3.5/2026/Sc

2.3. Projektspezifische Grundlagen

Der Auftragnehmer hat seinen Leistungen zu Grunde zu legen:

- 2.3.1** Für die Leistungen der Grundlagenermittlung (gemäß HOAI), die nachfolgend genannten Grundlagen dieses Vertrages, welche die wesentlichen Planungs- und Überwachungsziele im Sinne von § 650p Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) darstellen:

- ☐ das genehmigte Bedarfsprogramm vom _____
☒ einen Kostenrahmen von 760.000 EUR (brutto)

Dokumente und Gutachten:

- ☒ Machbarkeitsstudie vom 19.02.2025
☒ Bestandspläne vom 27.03.2017

- 2.3.2** Für die weitere Bearbeitung (Leistungen gemäß HOAI) die ggf. weiter entwickelten Planungs- und Überwachungsziele im Sinne von § 650p Absatz 2 BGB, die sich ergeben aus den vom Auftraggeber gebilligte und mit der Einverständniserklärung des Bedarfsträgers versehene Unterlagen der jeweils vorherigen Leistungsphasen.

2.4. Übergebene Unterlagen bei Vertragsabschluss

Dem Auftragnehmer werden mit Vertragsabschluss folgende Unterlagen

- ☒ Bau- und Qualitätsanforderungen IT

Der Auftragnehmer hat sämtliche ihm vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen unverzüglich zu sichten und dem AG in Textform zu unterrichten, wenn er feststellt, dass sie unvollständig oder unzutreffend sind oder ihre Beachtung als Grundlage der Planung und Ausführung mit den Planungs- und Überwachungsziele nicht vereinbar ist.

§ 3 Leistungspflichten des Auftragnehmers, stufenweise Beauftragung

3.1. Allgemeine und spezifische Leistungspflichten

Die Leistungspflichten des Auftragnehmers gliedern sich in allgemeine und spezifische Leistungspflichten:

- Die allgemeinen Leistungspflichten (§ 4) sind in jeder Leistungsphase der Beauftragung zu beachten und zu erfüllen.

Vergabenummer	VST-3.5/2026/Sc
----------------------	-----------------

3.2. ☒ Stufenweise Beauftragung

Die Beauftragung erfolgt in Leistungsphasen. Leistungsphasen, die der Auftraggeber nicht nach Nummer 3.2.1 mit Vertragsabschluss beauftragt, stehen unter der aufschiebenden Bedingung, dass der Auftraggeber sie gemäß Nummer 3.2.2 abruft.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Beauftragung auf Teilleistungen einzelner Leistungsphasen oder auf einzelne Abschnitte der Baumaßnahme zu beschränken.

3.2.1 Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit Vertragsschluss mit der Leistungserbringung gemäß der beigefügten Leistungsbeschreibung im Anhang zu §5.

☒ Die Beauftragung ist vorerst beschränkt auf die Leistungsphasen

☒ Leistungsphase 1 und 2

☐ Leistungsphase 3

☐ Leistungsphase 4

☒ Die Beauftragung ist vorerst beschränkt auf den Bauabschnitt
Sanierung „Nordflügel“

3.2.2 Der Auftraggeber beabsichtigt, bei Fortsetzung der Planung und Ausführung der Baumaßnahme weitere Leistungen nach § 4 abzurufen. Der Abruf erfolgt in Textform. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber zur Vermeidung von Störungen im Planungsablauf rechtzeitig auf die Notwendigkeit des Anschlussabrufs hinzuweisen. Bei der Entscheidung über den Abruf der weiteren Leistungsphasen kann der Auftraggeber berücksichtigen, ob nach Maßgabe der bisherigen Planungsergebnisse die Einhaltung der Kosten gemäß § 4 gewährleistet ist.

3.2.3 Der Auftraggeber ist berechtigt, entsprechend §3 Nummer 3.2.2 weitere Leistungsphasen nach § 5 im Wege der Vertragserweiterung abzurufen, solange keine Kündigung des Auftragnehmers nach §3 Nummern 3.2.4 erfolgt ist. Soweit dies nach dem Planungs- und Baufortschritt sachgerecht ist, ist der Auftraggeber auch befugt, die weitere Beauftragung auf Teilleistungen einzelner Leistungsphasen oder einzelne Abschnitte der Baumaßnahme zu beschränken, sofern es sich um abgrenzbare Teilleistungen handelt.

3.2.4 Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung weiterer Leistungsphasen besteht nicht. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Leistungen der weiteren Leistungsphasen zu erbringen, wenn der Auftraggeber sie ihm überträgt. Auf das Kündigungsrecht des Auftragnehmers nach §10 AVB wird verwiesen. Aus der stufenweisen Beauftragung gemäß den Regelungen in diesem Vertrag kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars ableiten.

§ 4 Allgemeine Leistungspflichten

4.1. Planungs- und Überwachungsziele

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf der Grundlage des § 2 seine Leistungen in allen Leistungsphasen so zu erbringen, dass die bauliche Anlage / die Baumaßnahme (siehe § 1) gemäß den Vorgaben nach § 4 Nummern 4.2 (Planungs- und Überwachungsziele) mangelfrei hergestellt werden kann. Bei diesen Planungs- und Überwachungszielen handelt es sich um die für den Auftraggeber im Zeitpunkt des Vertragsschlusses wesentlichen Planungs- und Überwachungsziele im Sinne des § 650p Absatz 1 BGB und damit um die vereinbarte Beschaffenheit des vom Auftragnehmer geschuldeten Werks.

Die wesentlichen Planungs- und Überwachungsziele i.S.d. § 650p Absatz 1 BGB des Auftraggebers sind durch die in diesem Vertrag definierten Planungs- und Überwachungsziele hinreichend beschrieben, so dass eine Zielfindungsphase im Sinne von § 650p Absatz 2 BGB entfällt.

4.2. Quantitäten/Qualitäten

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die vom Auftraggeber vorgegebenen, in der jeweiligen Planungsphase definierten und genehmigten Quantitäts- und Qualitätsziele umzusetzen.

Diese hat der Auftragnehmer für die Grundflächen und Bauteile nach Kostenkennwerten (EUR/ Bezugseinheit) zu belegen und bei Bedarf in Abstimmung mit dem Auftraggeber zu präzisieren. Die vom Auftraggeber vorgegebenen Quantitäten (NUF, BGF, GF, NE) sind vom Auftragnehmer als Teil der Planung in Form einer Berechnung nachzuweisen. Die Vorgaben der genehmigten Unterlagen sind verbindlich; Abweichungen bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

4.3. Besprechungen

4.3.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf Einladung des Auftraggebers an projektbezogenen Besprechungen teilzunehmen und an Verhandlungen mit Behörden mitzuwirken. Diese Termine sind rechtzeitig abzustimmen. Die Besprechungen sind durch rechtzeitige Übersendung von Unterlagen zu unterstützen. Der Auftragnehmer fertigt über die Besprechungen und Verhandlungen unverzüglich Niederschriften an und verteilt diese nach Genehmigung (in Textform) durch den Auftraggeber.

4.3.2 Der Auftragnehmer fertigt über die von ihm geführten Planungs- und Baubesprechungen Niederschriften. Diese legt er dem Auftraggeber zur Kenntnis vor.

4.4. Leistungsänderungen

4.4.1 Begehrt der Auftraggeber gegenüber dem Auftragnehmer eine Änderung des vereinbarten Werkerfolgs (§ 650b Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BGB) oder eine Änderung, die zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs notwendig ist (§ 650b Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BGB), ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber unverzüglich ein Angebot über die Mehr- oder Mindervergütung vorzulegen, bei einer Änderung des vereinbarten Werkerfolgs (i.S.d. § 650b Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BGB) jedoch nur, soweit ihm die Ausführung der Änderung zumutbar ist. Die Parteien streben Einvernehmen über die Änderung und die infolge der Änderung zu leistende Mehr- oder Mindervergütung an.

4.4.2 Aus dem Angebot des Auftragnehmers müssen sich Art und Umfang der geänderten oder zusätzlichen Leistungen sowie die geänderte oder zusätzliche Vergütung, die nach Maßgabe der Regelungen in § 5 Nummer 5.4 zu ermitteln ist, ergeben.

4.4.3 Für Änderungsvereinbarungen und Änderungsanordnungen des Auftraggebers gilt § 650 q BGB i.V.m. § 650 b BGB mit den nachfolgenden Modifikationen:

Das Änderungsbegehren des Auftraggebers kann sich auch auf die Art der Ausführung der Leistungen, insbesondere in zeitlicher Hinsicht beziehen.

Die Befolgung von Änderungsbegehren im Sinne von § 650 b Abs. 1 Nr. 1 BGB, die mit einer Änderung der vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele verbunden sind (nicht notwendige Änderungen), ist für den Auftragnehmer insbesondere dann unzumutbar, wenn

- sich die Planung auf ein anderes Grundstück beziehen soll;
- sich diese für den Auftragnehmer unter Berücksichtigung seines Urheberpersönlichkeitsrechts als untragbar darstellten würde;
- der Nutzungszweck des Gebäudes grundlegend verändert würde;
- das Büro des Auftragnehmers auf die Ausführung der geänderten Leistungen nicht eingerichtet ist;
- betriebsinterne Umstände im Büro des Auftragnehmers entgegenstehen (z. B. eine besonders hohe Auslastung des Büros); der Auftragnehmer ist dann aber verpflichtet, weitere Mitarbeiter einzustellen bzw. Unteraufträge zu erteilen, soweit ihm dies nicht im Einzelfall unzumutbar ist;
- Macht der Auftragnehmer betriebsinterne Vorgänge für die Unzumutbarkeit der Änderung oder der Ausführung geltend, trifft ihn dafür die Beweislast.

Für einen etwaigen Honoraranspruch des Auftragnehmers gilt § 5.4.

4.4.4 Erzielen die Parteien binnen angemessener Frist, spätestens nach 30 Kalendertagen, nach Zugang des Änderungsbegehrens beim Auftragnehmer keine Einigung nach § 4 Nummer 4.4.1, kann der Auftraggeber die Änderung in Textform anordnen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, der Anordnung nachzukommen, bei einer Änderung des vereinbarten Werkerfolgs aber nur, soweit ihm die Ausführung zumutbar ist.

4.4.5 Dem Auftraggeber steht ein Anordnungsrecht ohne Einhaltung einer Frist zu, soweit

- a) der Auftragnehmer ein Angebot nach § 4 Nummer 4.4.1 nicht rechtzeitig vorgelegt hat oder
- b) nach Vorlage des Angebots eine Einigung nach § 4 Nummer 4.4.1 endgültig gescheitert ist oder
- c) die Ausführung der Änderung vor Ablauf der Verhandlungsfrist unter Abwägung der beiderseitigen Interessen dem Auftragnehmer zumutbar ist. Die Ausführung vor Ablauf der Verhandlungsfrist ist dem Auftragnehmer in der Regel zumutbar, soweit ohne eine sofortige Anordnung einer notwendigen Änderung zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs die Bau-, Planungs- oder Projektabläufe nicht nur unwesentlich beeinträchtigt werden, insbesondere Gefahr im Verzug ist.

Vergabenummer

VST-3.5/2026/Sc

4.5. Behandlung von Unterlagen

4.5.1 Die vom Auftragnehmer vorzulegenden Pläne, Zeichnungen, Beschreibungen einschließlich der Leistungsverzeichnisse und der Berechnungen sind dem Auftraggeber in kopierfähiger Ausführung in 2-facher Ausfertigung

- ☐ sowie in digitaler Form auf Datenträger zu übergeben,
- ☐ sowie in Absprache mit dem Auftraggeber per E-Mail zu senden,
- ☒ sowie in Absprache mit dem Auftraggeber auf einer digitalen Projektplattform unter der folgenden Internetadresse einzustellen:

Transfer.Saalekreis.de

Abweichend zu Satz 1 sind folgende Unterlagen

Ggf. notwendige Zuarbeiten zum Bauantrag 4-fach

zu übergeben. Die von den Zeichnungen angefertigten Vervielfältigungen sind vom Auftragnehmer im nötigen Umfang weiter zu bearbeiten, normengerecht farbig oder mit Symbolen anzulegen, DIN-gemäß zu falten und in Ordnern vorzulegen.

4.5.2 ☒ Beschreibungen und Berechnungen sind in allgemein büroüblichen Dateiformaten vorzulegen. Leistungsverzeichnisse sind im Datenformat GAEB (Gemeinsamer Ausschuss Elektronik im Bauwesen) vorzulegen.

☒ Pläne und Zeichnungen sind im Datenformat DWG/DXF und PDF vorzulegen. Zu liefernde DWG-Dateien müssen sich verlustfrei einlesen, öffnen, bearbeiten und speichern lassen.

☐ Die vom Auftragnehmer für die Leistungsphasen 1 - 5 der HOAI und für die Bestandsdokumentation direkt oder durch Bearbeitung von Daten Dritter erzeugten Geometriedaten sind im Datenformat _____ zu liefern.

4.6. Koordination

Der Auftragnehmer hat die fachlich Beteiligten in jeder Leistungsphase zeitlich und sachlich so zu koordinieren und ihre Beiträge rechtzeitig und ordnungsgemäß zu integrieren, dass die vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele eingehalten werden.

Vergabenummer	VST-3.5/2026/Sc
----------------------	-----------------

§ 5 Honorar

Der Auftragnehmer erhält für seine Leistungen ein Honorar gemäß dem von ihm abgegebenen Honorarangebot vom _____ (bzw. Anhang zu § 5).

5.1. Leistungshonorar

Die Ermittlung der Vergütung richtet sich nach der Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen (HOAI) in der bei Vertragsabschluss aktuellen Fassung sowie nach dem in diesem Vertrag vereinbarten Zu- oder Abschlag.

Eine von der HOAI abweichende Honorarberechnung ist möglich. Dies ist im Anhang zu § 5 anzugeben. Mit Vertragsunterzeichnung stimmt der Auftraggeber dieser von der HOAI abweichenden Honorarberechnung zu.

5.2. Anrechenbare Kosten

Die anrechenbaren Kosten nach § 4 in Verbindung mit den Berechnungsregeln der HOAI für die jeweiligen Leistungsbilder gem. HOAI auf der Grundlage der sachlich richtigen, in Übereinstimmung mit den Vereinbarungen dieses Vertrages erstellten Kostenberechnung ohne Umsatzsteuer ermittelt. Die Ansätze für „Unvorhergesehenes und zur Rundung“ werden grundsätzlich nicht berücksichtigt.

Solange die Kostenberechnung nicht vorliegt, ist die sachlich richtige, in Übereinstimmung mit den Vereinbarungen dieses Vertrages erstellte Kostenschätzung ohne Umsatzsteuer zugrunde zu legen. Liegt auch diese noch nicht vor, ist der ggf. vom Auftraggeber vorgegebene Kostenrahmen ohne Umsatzsteuer zugrunde zu legen.

Die anrechenbaren Kosten werden zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses

☒ vorläufig ☐ endgültig

auf folgender Grundlage festgelegt:

☒ Kostenrahmen ☐ Kostenschätzung ☐ Kostenberechnung

5.3. Honorarparameter

Die für die Honorarermittlung notwendigen, vom Auftraggeber vorgegebenen Parameter:

- Wert der mitzuverarbeitenden Bausubstanz,
- Höhe der anrechenbaren Kosten und
- Honorarzone

sowie die vom Auftragnehmer frei wählbaren Parameter:

- Honorarsatz,
- Bewertung der Grund- und besonderen Leistungen,
- mögliche Zuschläge und Abschläge,
- Stundensätze und
- Nebenkosten

ergeben sich aus dem Honorarangebot des Auftragnehmers gemäß Anhang zu §5.

Vergabenummer

VST-3.5/2026/Sc

5.4. Honorar bei Leistungsänderungen

Begehrt der Auftraggeber geänderte Leistungen im Sinne von § 4 Nummer 4.4 oder ordnet der Auftraggeber solche Leistungen an, so erfolgt eine Anpassung der Vergütung des Auftragnehmers gemäß den folgenden Festlegungen:

- 5.4.1** Die Anpassung der Vergütung für Grundleistungen richtet sich im Fall einer vereinbarten Vergütung nach Nummer 5.1 dieses Vertrages nach § 10 HOAI. Soweit gemäß § 5 Nummer 5.3 dieses Vertrags ein Zu- oder Abschlag vereinbart wurde, ist dieser zu berücksichtigen. Im Übrigen gelten § 650c Absatz 1 und 2 BGB entsprechend.
- 5.4.2** Die Kalkulation des Nachtragsangebotes hat sich am ursprünglichen Honorarangebot zu orientieren.

5.5. Abrechnungsmodalitäten

Abschlagsrechnungen gemäß §15 HOAI können gestellt werden. Sie sind mindestens 14 Tage nach dem Abschluss jeder Leistungsphase zu stellen. Der Auftragnehmer ist berechtigt, insofern die Leistungserbringungen nicht eindeutig ist, rechnungsbegründende Unterlagen zur jeweiligen Abschlagsrechnung nachzufordern.

Die Schlussrechnung ist nach spätestens 21 Tagen nach vollständiger Leistungserbringung zu stellen.

§ 6 Nebenkosten / Reisekosten

6.1. Erstattung von Nebenkosten

Die Nebenkosten nach § 14 HOAI werden:

- ☒ gemäß Anhang zu § 5 - Angebotsblatt Honorar erstattet
- ☐ ausschließlich auf Einzelnachweis erstattet

In den Nebenkosten sind auch die Kosten für Vervielfältigung der Unterlagen (auch die nach § 4 Nummer 4.5.2), Transport, Versand-, Porto- und Telefonkosten enthalten.

6.2. Reisekosten

- ☒ Reisekosten werden nicht erstattet.
- ☐ Bei Erstattung von Reisekosten auf Einzelnachweis ist das Bundesreisekostengesetz (BRKG) anzuwenden. Reisen zu Lasten des Auftraggebers müssen vorher mit diesem abgestimmt werden. Der Antrag und die Einreichung der Unterlagen richten sich nach § 3 BRKG. Reiseunterlagen werden vom Auftragnehmer beschafft.

6.3. Vorsteuerabzug

Soweit Nebenkosten – ob pauschal oder zum Einzelnachweis – erstattet werden, sind sie abzüglich der nach § 15 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) abziehbaren Vorsteuern anzusetzen.

Vergabenummer	VST-3.5/2026/Sc
---------------	-----------------

§ 7 Umsatzsteuer

Für das Honorar des Auftragnehmers gemäß § 5 und die Nebenkostenerstattung gemäß § 6 gilt:

- ☒ Die Umsatzsteuer ist gesondert auszuweisen.
- ☐ Die Leistung ist umsatzsteuerbefreit.

§ 8 Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers

Zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche aus diesem Vertrag hat der Auftraggeber bei Vertragsabschluss eine Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung ggf. eine projekt- und organisationsbezogene Haftpflichtversicherung nachzuweisen.

§ 9 Ergänzende Vereinbarungen

- 9.1** Mängel- und Schadenersatzansprüche richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, insbesondere dem Werkvertragsrecht des BGB (§631 ff. BGB), soweit nichts Anderweitiges bestimmt ist.

Wird der Auftragnehmer im Rahmen einer stufenweisen Beauftragung mit weiteren Leistungsphasen beauftragt, so beginnt die Verjährungsfrist für Mängelansprüche aller Leistungen erst mit Abnahme der zuletzt beauftragten Leistung.

- 9.2** ☐ Weitere ergänzende Vereinbarungen:

Auftraggeber

Auftragnehmer

Merseburg, den

....., den

.....
Unterschrift und Dienstsiegel

.....
Unterschrift* und Firmenstempel*

* Bei Teilnahme am elektronischen Vergabeverfahren ersetzt die Textform nach § 126b BGB oder falls gefordert, die elektronische Signatur, die eigenhändige Unterschrift.